

Kenia: Gericht annulliert Wahlen

Dass der oberste Gerichtshof die Präsidentschaftswahlen die Wahlen vom 8. August für "ungültig, null und nichtig" erklärte und eine Neuwahl innerhalb von 60 Tagen anordnete, war eine völlige Überraschung, und wohl das erste Mal, dass ein Gericht in Afrika eine Wahl annulliert hat. Der Führer des Oppositionsbündnisses NASA hatte die Resultate angefochten, weil der Verdacht bestand, dass der Wahlcomputer gehackt worden sei. 01.09.2017

Tansania: Ein seltener Dinosaurier gefunden

Wissenschaftler haben ein Dinosaurier-Skelett gefunden, das bisherige Theorien in Frage stellt. Es ähnelt mehr den Arten, die in Südamerika lebten. Offensichtlich waren die Dinosaurier im nördlichen und im südlichen Afrika verschieden. Der Fund bekam den Kiswaheli Namen: Shingopana (Dickhals) Songwensis (aus der Songwe-Region). 01.09.2017

Ruanda: Neues Kabinett vorgestellt

Präsident Kagame hat sein neues Kabinett vorgestellt. Die Hälfte der 20 Minister sind Frauen. Premierminister ist Edouard Ngirente, der zuvor bei der Weltbank in Washington arbeitete. 01.09.2017

Kongo: Vergessenes Flüchtlingsdrama

Während Europa versucht Flüchtlinge aus Afrika zu stoppen, finden im Kongo Dramen viel größeren Ausmaßes statt. In der Provinz Tanganyika, dem ehemaligen Nord-Katanga, haben tausende Familien durch Kämpfe zwischen den Ethnien der Twa und der Luba, ihr Zuhause verloren. Allein in der Provinzhauptstadt Kalemie am Ufer des Tanganyika-Sees leben an die 250.000 Flüchtlinge unter unmenschlichen Bedingungen. In gesamten Kongo, einem Land so groß wie West-Europa, ist die Zahl der Binnenflüchtlinge auf 4 Millionen gestiegen. 01.09.2017

Katar-Krise: Saudis machen Druck

Saudi-Arabien fordert von mehreren afrikanischen Ländern, sich im Konflikt mit Katar zu positionieren. Somalia hält an seinen Beziehungen zu Katar fest. Äthiopien und Eritrea wollen neutral bleiben. Der Tschad hat die katarische Botschaft geschlossen. Viele Staaten sind von den Finanzhilfen der Saudis abhängig und fürchten den Einfluss der Kataris auf militante islamistischen Gruppen im eigenen Land. 31.08.2017

Zentralafrika: Bischof schützt bedrohte Muslime

Nach blutigen Unruhen zwischen muslimischen Seleka-Rebellen und christlichen Anti-Balaka Milizen im Mai hatten 2000 Muslime der Stadt Bangassou im Priesterseminar Zuflucht gesucht. Obwohl die Milizen kirchliche Einrichtungen angegriffen haben, will Bischof Juan José Munoz, ein Comboni-Missionar, ihnen weiterhin Schutz gewähren. 31.08.2017

Kenia: Plan Abgeordnetengehälter zu kürzen

Uhuru Kenyatta will nach seiner Wiederwahl zum Präsidenten die Gehälter der Parlamentarier um 15% kürzen. Die 349 Abgeordneten gehören mit einem Grundgehalt von 6000 Euro und diversen Zuschüssen zu den höchstbezahltesten in Afrika. Das durchschnittliche Grundgehalt beträgt etwa 100 Euro monatlich. Der Staat gibt jährlich für seine 700.000 Beamten etwa fünf Milliarden Euro aus. Das ist die Hälfte des gesamten Haushalts. 31.08.2017

Nigeria: Rebellenkommandeur wechselt Seiten

Der Chef der Geheimdienste von Boko Haram, Abdulkadir Abubakar, hatte sich im Juni den Behörden ergeben, und verurteilt jetzt mit anderen Überläufern die Bewegung als unislamisch. Für die Regierung ist das ein bedeutender Propaganda-Erfolg. Möglicherweise wurde die plötzliche Reue durch interne Machtkämpfe in der Bewegung motiviert. 28.08.2017

Kenia: Striktes Verbot von Plastikbeuteln

Nach Kamerun, Guinea-Bissau, Mali, Tansania, Uganda, Äthiopien, Mauretanien und Malawi hat jetzt auch Kenia die Produktion, Import und Gebrauch von Plastikbeuteln mit drakonischen Strafen belegt. Vergehen werden mit einer Geldstrafe von bis zu 38.000 Dollar oder vier Jahren Gefängnis geahndet. Allein in den Supermärkten Kenias werden jährlich 100 Millionen Beutel ausgegeben. UNEP schätzt, dass bis 2050 mehr Plastik als Fische in den Weltmeere sein werden. 28.08.2017

Simbabwe: Streit zwischen Armee und Polizei

Die Hintergründe für eine gewaltsame Auseinandersetzung zwischen Militärs und Polizei in der Hauptstadt Harare bleiben unklar. Präsident Mugabe forderte die Armee auf, den Streit beizulegen, und verurteilte korrupte Praktiken der Polizei an Straßensperren. Vize-Präsident Emmerson Mnangagwa, der als möglicher Nachfolger Mugabes gilt, wurde wegen einer schweren Nahrungsmittelvergiftung zur Behandlung nach Südafrika geflogen. 28.08.2017

Mini-Migrationsgipfel

Die Staatschefs aus Italien, Spanien, Frankreich und Deutschland trafen sich mit den Präsidenten der Haupttransitländer Niger und Tschad, um Maßnahmen zu beschließen, den Flüchtlingsstrom aus Afrika nach Europa zu kontrollieren. Die beiden Länder, die an Libyen angrenzen, sollen 50 Millionen Euro erhalten, um ihre Grenzen möglichst dicht zu machen. Auch wollen die EU-Länder in den drei Transitländern "Migrationszentren" errichten, um wirkliche Asylbewerber von Wirtschaftsmigranten zu trennen. Langfristiges Ziel ist, die wirtschaftliche Situation in den Herkunftsländern zu verbessern. 28.08.2017

Das Datum bezieht auf den Eintrag der Nachricht auf der NAD Webseite.